

Ehrentitel »Held der Arbeit«, Vaterländischer Verdienstorden und Orden »Banner der Arbeit«, zu verleihen.

Mit den Ehrenbannern und hohen staatlichen Auszeichnungen werden Betriebe, Institutionen und Einrichtungen, Werktätige und Arbeitskollektive aus der Industrie, dem Verkehrs-, Nachrichten- und Bauwesen, dem Handel, den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft, aus Institutionen und Einrichtungen der Wissenschaft, Kultur, Volksbildung und des Gesundheitswesens sowie Truppenteile und Verbände der bewaffneten Organe der DDR geehrt.

Die Verleihung der Ehrenbanner und staatlichen Auszeichnungen erfolgt am Vorabend des 35. Jahrestages der Gründung der DDR.

Beschluß vom 4. April 1984

Antwortschreiben des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR an den Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung der BRD

Sehr geehrter Herr Leinen!

Den von Ihnen übermittelten Brief habe ich erhalten. Er veranlaßt mich, erneut zu erklären, daß die Deutsche Demokratische Republik nach wie vor alles in ihren Kräften Stehende tut, um den Frieden zu sichern und die nukleare Selbstvernichtung der Menschheit abzuwenden. Welche umfangreichen Bemühungen wir an der Seite unserer Verbündeten unternehmen, damit der durch die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles eingetretene Schaden möglichst begrenzt wird, ist allgemein bekannt. Die Stationierung und die dadurch bei uns notwendig gewordene Gegenstationierung haben die Lage nicht sicherer, sondern unsicherer gemacht. Nach unserer Auffassung sollte man diesen Prozeß sofort stoppen, die schon installierten neuen Raketenysteme abbauen und zu der Lage zurückkehren, die zuvor bestand.

Wie Sie wissen, engagieren sich in der Deutschen Demokratischen Republik Millionen für diese Ziele. Wegen seines Eintretens für Frieden, für Abrüstung in Ost und West wird bei uns niemand verfolgt. Im Gegenteil, wer in der Friedensbewegung der DDR mitwirkt, hat sogar den Vorzug, daß seine Friedensinteressen und die Regierungspolitik übereinstimmen.

Selbstverständlich gehören zur Inanspruchnahme der Rechte in unserem Staat auch die Wahrnehmung der Pflichten und die Einhaltung der sozialistischen Gesetzmäßigkeit. Verstöße dagegen kann unsere Gesellschaft nicht hinneh-